

## Selbständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingbracht am 31.03.2016, 14:26:21

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), LTAbg. Dr. Werner Murgg (KPÖ)

**Fraktion(en):** KPÖ

**Zuständiger Ausschuss:** Gesundheit

**Regierungsmitglied(er):** Landesrat Mag. Christopher Drexler

**Betreff:**

***Medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen***

Die medizinische Versorgung der Kinder- und Jugendlichen auf dem Gebiet der Pädiatrie ist - wie auch die Volksanwaltschaft jüngst wieder feststellte - in Österreich leider nicht ausreichend. Es ist unabdingbar, dass flächendeckend genügend Kinderärzte und -ärztinnen sowohl wochentags als auch am Wochenende in Ordinationen erreichbar seien sowie ein kinderärztlicher Notdienst auch Hausbesuche mache.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie tut sich eine Versorgungslücke auf. Zunehmend mehr Minderjährige in Österreich brauchen eine spezialisierte kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung. Weder die in kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen vorhandenen Behandlungsmöglichkeiten noch das ambulante Angebot decken den Bedarf ab. Sowohl die im österreichischen Strukturplan Gesundheit ausgewiesenen Bettenkennzahlen von 0,08 Betten pro 1000 EinwohnerInnen als auch der quantitative Richtwert für sogenannte „ambulante KJP-Einheiten“ (eine ambulante kinder- und jugendpsychiatrische Einheit pro 250.000 EinwohnerInnen) werden bundesweit deutlich unterschritten.

Bereits im Vorjahr hatte die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht an das Parlament auf die „eklatante Versorgungslücke“ mit FachärztInnen für die Kinderpsychiatrie hingewiesen. „Wir müssen leider davon ausgehen, dass bis zu 200 000 Kinder und Jugendliche in Österreich von psychiatrischen Störungen betroffen sind, demgegenüber fehlen Hundertschaften an ausgebildete Fachärztinnen und Fachärzten,“ so Kräuter. Obwohl ambulante und tagesklinische Behandlungsangebote im Vorfeld von Krisen weniger in die Lebensverhältnisse der Kinder und jungen Menschen eingreifen würden, sind auch diese ungenügend ausgebaut. Es gibt zu wenig Fachärztinnen und Fachärzte der Kinder- und Jugendpsychiatrie und zu wenige Ausbildungsplätze.

Die Volksanwaltschaft fordert eine Lockerung des 1:1 Ausbildungsschlüssels, damit ein ausreichendes Versorgungsangebot für dringend psychisch behandlungsbedürftige Kinder und Jugendliche sichergestellt werden könne.

Es wird daher der

## **Antrag**

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für folgende Maßnahmen einzusetzen bzw. im eigenen Wirkungsbereich umzusetzen:

1. flächendeckend genügend kinderärztliche Kassenstellen
2. flächendeckender kinderärztlicher Notdienst nachts und an Wochenenden
3. Behandlung von Minderjährigen ausschließlich auf Stationen für Kinder- und Jugendpsychiatrie
4. Aufstockung der Ausbildungsplätze von Fachärztinnen und Fachärzten der Kinder- und Jugendpsychiatrie
5. Ausbau der tagesklinischen und ambulanten Strukturen der Kinder- und Jugendpsychiatrie
6. Ausbau der Bettenkapazitäten der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrien, sowie
7. Reha-Einrichtungen für Kinder und Jugendliche nach psychiatrischen Klinikaufenthalten.

### **Unterschrift(en):**

LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ), LTAbg. Dr. Werner Murgg (KPÖ)